

den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution ansprechen. Das ist notwendig, damit von vornherein klar wird, daß das Tempo und die Maßstäbe für die Automatisierung nicht vom guten oder weniger guten Willen dieses oder jenes Leiters abhängen. Die wissenschaftlich-technische Revolution verlangt von allen Industriezweigen die Schaffung der wissenschaftlich-technischen, organisatorischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Übergang zur komplexen Anwendung automatisch gesteuerter und geregelter Produktionssysteme.

Die politisch-ideologische Arbeit der Parteiorganisationen wird auf diesem Gebiet aber nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie, wie es im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK gefordert wird, „einen eigenen Standpunkt zur Prognose der betrieblichen Entwicklung haben und eine klare Kampfposition zur Meisterung der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Zielstellungen entwickeln“. Erst dieses Wissen versetzt die Parteiorganisationen in die Lage, den Werktätigen die Zusammenhänge zu erläutern und zu prüfen, ob das vorgesehene Tempo der durchzuführenden Automatisierungsvorhaben ausreicht und welche hemmenden Faktoren überwunden werden müssen.

Mit der Automatisierung, darauf müssen die Parteileitungen einwirken, soll vor allem eine grundlegend neue Qualität der Leitung und des gesamten technologischen Prozesses herbeigeführt werden, die den wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Fertigung sowie hinsichtlich höchster Qualität, niedrigster Kosten und kürzester Lieferzeiten bei den einzelnen Erzeugnissen garantiert.

Viele Parteiorganisationen haben sich zu den von der staatlichen Leitung vorgesehenen Automatisierungsvorhaben eine klare politische Position erarbeitet, die prinzipiell auf die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes sowie auf kurze Realisierungszeiten orientiert. Dadurch wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, die mit dazu beitrugen, die in manchem Betrieb vorhandene Tendenz zum „Westdrall“ zu überwinden. Im letzten Jahr ist auch die Zahl der Kombinate und Betriebe größer geworden, wo es gelungen ist, durch die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zweigspezifische Rationalisierungsmittel selbst herzustellen. Mit dieser Initiative zur Automatisierung schaffen sich die Betriebe einen Vorlauf zur Entwicklung der Produktionstechnik im kommenden Jahrzehnt, und nicht nur das. Sie beginnen auch damit, einen außerordentlich wichtigen Beitrag für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems in ihrem Bereich zu schaffen und wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Eigene klare Position

Wie richtig es ist, daß eine Parteileitung eine eigene, klare politische Position zur Automatisierung bezieht, zeigt sich am Beispiel eines Betriebes aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt. In diesem Betrieb ging es um die Automatisierung einer wichtigen Zulieferproduktion. Die leitenden Kader gingen davon aus, daß zur Realisierung des Automatisierungsvorhabens eine Zeitspanne von drei bis fünf Jahren erforderlich ist. Ob das Vorhaben jedoch zur Erreichung des

waltungsbereich unseres Betriebes. Unsere APO setzt sich zu 90 Prozent aus Ingenieuren zusammen. Die APO zählt 27 Mitglieder und zwei Kandidaten. Unsere erste Arbeit war, ein ordentliches Verhältnis zwischen der Parteileitung, der AGL und den Direktoren zu schaffen. Das hat uns vorwärts gebracht. In 2% Jahren sind von unseren Kol-

lektiven fünf mit dem Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet worden.

Als APO haben wir uns u. a. auch vorgenommen, in unserem Bereich eine hundertprozentige Mitgliedschaft in der DSF zu erreichen und 0,5 Prozent vom Gehalt für den Solidaritätsfonds zu überweisen. Einmal jährlich wollen wir unentgeltlich Blut spenden. Zur Verwirklichung unserer sozialistischen Verfassung bemühen wir uns, eine hundertprozentige Wehrbereitschaft zu erreichen. In unermüdlicher Klein-

arbeit haben wir in dieser Hinsicht bereits viel geschaffen. Von 105 Kollegen unseres APO-Bereiches sind bis jetzt 31 Mitglieder der Kampfgruppe, 95 Prozent der Genossen und Kollegen beteiligen sich mit 0,5 Prozent ihres Gehaltes am Solidaritätsaufkommen, 65 Prozent spenden Blut. 97 Prozent aller Genossen und Kollegen sind Mitglieder der DSF. Diese Ergebnisse erforderten viel Kleinarbeit und Überzeugungskraft.

Trotz dieser und anderer Erfolge gibt es noch viel zu tun. So läßt

DER FEUER HAT DAS WORT